

Vergangenheitspolitik in der SBZ/DDR 1945-1989

Die Distanzierung vom NS-Regime und seinen Verbrechen bildete einen zentralen Bezugspunkt des politischen Handelns der in der SBZ/DDR dominierenden kommunistischen Funktionäre und prägte entscheidend das politisch-ideologische Selbstverständnis des 1949 gegründeten ost-deutschen Staates. Die Auffassungen der verschiedenen kommunistischen Gruppierungen, die aus dem Exil bzw. aus der Haft und der Illegalität ins Nachkriegsdeutschland zurückkehrten, über die politische Zukunft eines Deutschland nach Hitler, über die wirksamsten Strategien der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und über die Haltung der ehemaligen Verfolgten und Opfer des Regimes gegenüber der deutschen Bevölkerung, waren unmittelbar nach 1945 keineswegs einheitlich. Hinzu kam, dass die ordnungs- und vergangenheitspolitischen Vorstellungen der KPD/SED zunächst noch in einer relativ offenen politischen Situation artikuliert und propagiert wurden. Sicherlich besaßen die Kommunisten in der ihnen wohlgesonnenen sowjetischen Besatzungsmacht einen starken Rückhalt, doch sie bewegten sich mit ihren Vorstellungen zunächst noch in einer Konkurrenzsituation zu den anderen politischen Parteien und zu weiteren Opfer- und Verfolgtengruppen. Entsprechend oszillierten die programmatischen und tagespolitischen Äußerungen der Partei zwischen einem gesinnungsethischen Fundamentalismus auf der einen Seite, mit dem die konsequente Abrechnung mit den Trägerschichten des NS-Staates und mit seiner Ideologie sowie deutsche Sühneleistungen für die vom NS-Regime begangenen Verbrechen in Aussicht gestellt werden, und auf der anderen Seite taktischen Rücksichtnahmen mit Blick auf den eigenen Rückhalt in der Bevölkerung. Zugleich hatte sich die KPD/SED immer wieder den oft in sich widersprüchlichen politischen Direktiven der sowjetischen Besatzungsmacht unterzuordnen. Dies betraf etwa den Umgang mit bestimmten Tätergruppen, das Tempo

der ordnungspolitischen Eingriffe, die an die Sowjetunion zu leistenden Reparationen, Fragen der Deutschlandpolitik und die Prämissen der Bündnispolitik der KPD/SED im Rahmen der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“.

Die Situation in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) war in den ersten Jahren nach 1945 widersprüchlich. Sie wurde einerseits durch einen allerdings nur kurz andauernden Konsens der verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Gruppen geprägt, die mit durchaus unterschiedlichen Vorstellungen für einen demokratischen Neubeginn eintraten. Fragen der Vergangenheitspolitik wurden damals in der Öffentlichkeit und auch innerhalb der KPD/SED noch relativ offen und kontrovers diskutiert. Gleichzeitig finden sich bereits in dieser frühen Periode zahlreiche Belege dafür, dass die Kommunisten versuchten, andere Opfer- und Verfolgtengruppen in den Hintergrund zu drängen und den lautstark propagierten „antifaschistisch-demokratischen“ Neuanfang für ihre machtpolitischen Interessen zu missbrauchen.

1. Schuldfrage und Elitenaustausch

In einer ihrer ersten öffentlichen Stellungnahmen, dem Aufruf vom 11. Juni 1945, räumte die KPD ein, dass auch ihr politisches Scheitern zur Durchsetzung des Nationalsozialismus beigetragen habe und die Frage nach der Schuld der Deutschen insofern auch eine Frage der selbstkritischen Aufarbeitung kommunistischer Politik sei:

„Wir deutschen Kommunisten erklären, daß auch wir uns schuldig fühlen, indem wir es trotz der Blutopfer unserer besten Kämpfer infolge einer Reihe unserer Fehler nicht vermocht haben, die antifaschistische Einheit der Arbeiter, Bauern und Intelligenz entgegen allen Widersachern zu schmieden, im werktätigen Volk die Kräfte für den Sturz Hitlers zu sammeln, in den erfolgreichen Kampfzuführen und jene Lage zu vermeiden, in der das deutsche Volk geschichtlich versagte.“¹

¹ Vgl. Aufruf des ZK der KPD an das deutsche Volk zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands vom 11. Juni 1945, in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945-1949, Berlin 1968, S. 58. Allerdings klammert auch dieses Schuldeingeständnis die Frage der verfehlten Widerstandsstrategie der Kommunisten nach 1933, die stalinistischen Säuberungen unter den Exilanten und die verheerenden Folgen der sowjetischen Außenpolitik (Hitler-Stalin-Pakt) aus und blieb daher halbherzig.

Diese Einsicht trat in dem Maße in den Hintergrund, in dem sich die KPD/SED gegenüber den Christdemokraten, den Liberalen und den Nationaldemokraten in der SBZ als konsequenteste antifaschistische Kraft zu profilieren suchte. Zugleich instrumentalisierte die Partei die Vergangenheitsaufarbeitung für ihre Politik eines weitreichenden Eliten-austausches. Auch hier wurde das frühe Bekenntnis der deutschen Kommunisten zu einer Mitverantwortung für das NS-Regime eher hinderlich und spielte folgerichtig eine immer geringere Rolle. Auf dem Feld der personalpolitischen Entscheidungen in Verwaltung und öffentlichem Leben der SBZ betonten die politischen Direktiven und Stellungnahmen der KPD/SED, dass ein konsequenter Antifaschismus die entscheidende Handlungsorientierung der neuen Führungskader in Politik und Gesellschaft sein müsse. In den Auseinandersetzungen um die Verteilung der politischen Macht in der SBZ stellte sich die SED als die alleinige politische Kraft dar, aus deren Reihen die Träger einer solchen neuen Führungsschicht hervorgehen könnten. Die Widerstandsbiographien der kommunistischen „Kader der ersten Stunde“ wurden zu dem entscheidenden politischen und moralischen Argument für diesen Anspruch:

„Den Mitgliedern, insbesondere aber den Funktionären der SED, sind jetzt Aufgaben gestellt, die nur von einem neuen Typus des Funktionärs gelöst werden können. Nur überzeugte Antifaschisten, die aus der Vergangenheit und den früher gemachten Fehlern gelernt haben; [...] können solche Aufgaben meistern. Die SED hat bewiesen, daß sie diese neuen Menschen besitzt und dass sie fähig ist, sie ständig aus ihren Reihen zu entwickeln und sie überall dorthin zu stellen, wo die neuen Aufgaben der Gegenwart tüchtige und zuverlässige Menschen erfordern.“²

In der Phase der Entnazifizierung und des politisch induzierten Elitenwechsels in der SBZ ermöglichte dieses Auswahlkriterium einen schnellen und jederzeit legitimierbaren Zugriff auf wichtige Führungsfunktionen in der SBZ. Nahezu allen ehemaligen Verantwortungsträgern, selbst in den untergeordneten Bereichen der Verwaltung, Wirtschaft und des sozialen und kulturellen Lebens, konnte unabhängig von den Entnazifizierungsregelungen der Alliierten mindestens eine moralische Belastung nachgewiesen oder konstruiert werden. Demgegenüber vermochten sich die Kommunisten als unbelastet und moralisch integer gegenüber dem

² Vgl. FRANZ DAHLEM, Der neue Typus des Funktionärs der SED, in: Einheit 1 (1946), S. 193.

Rest der deutschen Bevölkerung zu geben.³ Das öffentlich artikulierte antifaschistische Selbstverständnis der KPD-Kader⁴ legitimierte insofern den von der SED aus machtpolitischen Gründen betriebenen Zugriff auf die Schaltstellen von Politik und Gesellschaft sowohl gegenüber den Restbeständen der alten Eliten als auch gegenüber der politischen Konkurrenz. In der unmittelbaren Nachkriegszeit diente der Antifaschismus also nicht nur der weltanschaulich-politischen Positionierung der KPD/SED, sondern war ein funktionaler Bestandteil der Personalpolitik und damit der gesellschaftspolitischen Neuordnung in der SBZ und der frühen DDR. Die KPD/SED mit ihrer Widerstandstradition verfügte trotz ihrer beträchtlichen personellen Verluste über das größte Reservoir an potenziellen Führungskräften mit einer antifaschistischen Vergangenheit. Die frühzeitig beginnende Zurückdrängung sozialdemokratischer, bürgerlicher und konservativer NS-Gegner begünstigte diese personelle Überlegenheit. Zugleich verhielt sich die KPD/SED in personalpolitischen Dingen ähnlich wie die sowjetische Besatzungsmacht ausgesprochen pragmatisch. Schon bald stand die SED-Führung vor dem Problem, dass sie das zunächst stark betonte Merkmal einer antifaschistischen Biographie für die von ihr positionierten Kader modifizieren musste. Entprofessionalisierungstendenzen und ernste Probleme in Wirtschaft und Verwaltung zwangen die KPD/SED zu personalpolitischen Kurskorrekturen. Immer dann, wenn die Funktionsfähigkeit der Versorgung oder die Reparationslieferungen an die Sowjetunion gefährdet waren, griff man auf das alte belastete Fachpersonal zurück, allerdings unter der Voraussetzung, dass sich dieses loyal zur neuen Ordnung verhielt.

2. Erinnerungsarbeit in der VVN

Eine wichtige Rolle für die öffentliche Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus und für die geistige Auseinandersetzung mit dessen Ideologie in der SBZ/DDR spielte die 1947 als gesamtdeutsche Organisa-

³ Zum elitären Selbstverständnis der deutschen Kommunisten siehe ARND BAUERKÄMPER/JÜRGEN DANYEL/PETER HÜBNER, „Funktionäre des schaffenden Volkes“? Die Führungsgruppen der DDR als Forschungsproblem, in: Gesellschaft ohne Eliten? Führungsgruppen in der DDR, hrsg. von DENS. und SABINE ROSS, Berlin 1997, S. 41ff.

⁴ Vgl. RALF KESSLER/HARTMUT R. PETER, Antifaschisten in der SBZ. Zwischen elitärem Selbstverständnis und politischer Instrumentalisierung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 43 (1995), S. 611-633.

tion gegründete Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN).⁵ Der Verband verstand sich zunächst als eine Art über den Parteien stehendes moralisches Gewissen der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Seine Mitglieder leiteten aus ihrer Beteiligung am Widerstand und aus den leidvollen Erfahrungen von Verfolgung und Haft ein besonderes Mitspracherecht bei der politischen Neuordnung nach 1945 ab. Obwohl der Einfluss der KPD/SED in der Organisation von Anfang an groß war, wies die von dem Verfolgtenverband geleistete Erinnerungs- und Aufklärungsarbeit in den ersten Jahren eine beachtliche Breite auf. In der VVN arbeiteten neben den Kommunisten auch zahlreiche Sozialdemokraten, Vertreter des Widerstandskreises um die Attentäter des 20. Juli 1944, der Kirchen, der Westemigration und der jüdischen Gemeinden mit. Eines der vorrangigen Ziele der Organisation bestand darin, Material und Erinnerungsberichte über die deutsche Widerstandsbewegung zu sammeln,⁶ um dieses Wissen in der deutschen Bevölkerung zu verbreiten. Einen ersten Höhepunkt dieser Bemühungen bildete die im September 1948 im ehemaligen Reichspräsidentenpalais in Berlin eröffnete Ausstellung „Das andere Deutschland. Eine Schau der deutschen Widerstandsbewegung gegen das NS-Regime“. Die Mitglieder des Verbandes unternahmen zahlreiche Anstrengungen zur Ermittlung und Bestrafung von ehemaligen NS-Funktionsträgern, die Verbrechen begangen hatten. Darüber hinaus bemühte sich der Verfolgtenverband um die Herstellung von Verbindungen zu den Organisationen ehemaliger politischer Häftlinge in den Nachbarländern und zu der auf polnische Initiative gegründeten *Fédération Internationale des Anciens Prisonniers Politiques* (FIAPP). Eine wichtige Rolle spielten dabei persönlichen Verbindungen führender Mitglieder der VVN aus der gemeinsamen Haftzeit mit politischen Häftlingen aus den von den von Deutschland im Zweiten Weltkrieg besetzten Ländern. Besonders Franz Dahlem verfügte als ehemaliges Mitglied des Internationalen Lagerkomitees im KZ Mauthausen über gute Kontakte zum Exekutivkomitee der FIAPP und zum polnischen Ministerpräsidenten Józef Cyrankiewicz. Mit der Aufnahme in den Internationalen Verband auf dessen Warschauer Tagung im Mai 1948 konnte die VVN einen wichtigen außenpolitischen Erfolg verbuchen, der auch den staatlichen

⁵ Zur Geschichte der Verfolgtenorganisation siehe ELKE REUTER/DETLEV HANSEL, *Das kurze Leben der VVN 1947 bis 1953*, Berlin 1997.

⁶ Vgl. JÜRGEN DANYEL, *Bilder vom „anderen Deutschland“. Frühe Widerstandsrezeption nach 1945*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 42 (1994), S. 611-621.

Beziehungen zwischen der SBZ/DDR und der VR Polen den Weg ebnete. In einem Artikel in der VVN-Zeitschrift „Unser Appell“ vom August 1948 verwies Dahlem auf die besondere Verantwortung der deutschen VVN-Mitglieder gegenüber den ehemaligen politischen Häftlingen aus den Nachbarländern:

„Beim Verweilen vor den Hinrichtungsstätten in den Straßen Warschaus oder auf den Friedhöfen, wo die Reste der Ermordeten zusammengetragen und gebettet worden sind, erlebten wir die große Pietät gegenüber den Toten –, und dabei dachten wir daran, daß wir in Deutschland die Ehrenpflicht haben, die Todesstätten so vieler unserer internationalen Kameraden würdig zu gestalten und zu pflegen. Viele ausländische Delegationen werden jetzt nach Deutschland kommen, und man wird viele Fragen an uns stellen“.⁷

Zugleich ging der Beitrag auf ein heikles Thema ein, das offenbar die Beziehungen zu den ausländischen Verfolgtenverbänden belastete:

„Bedenken, die sowohl in den Ländern West- wie Osteuropas früher gegen die Aufnahme der Deutschen in der FIAPP bestanden, beruhten in dem Mißtrauen, ob sich in der VVN nicht auch solche ehemaligen Kzler befinden, die in den Lagern als Kapos oder als Zuträger Bütteldienste für die SS leisteten, ob die deutsche Organisation rein von Chauvinisten, Militaristen und antisemitischen Elementen sei ...“⁸

Die ambivalente Stellung der deutschen kommunistischen Funktionshäftlinge in den Lagern und die politisch motivierten Praktiken der „Kaderschonung“ und des „Opfertauschs“ veranlassten auch die SED ab 1946 zu umfangreichen internen Untersuchungen, die sich besonders auf die „roten Kapos“ in Buchenwald konzentrierte. In der Öffentlichkeit jedoch wurde dieses Problem weitestgehend tabuisiert⁹.

⁷ Vgl. FRANZ DAHLEM, Internationale Kampfsolidarität, in: Unser Appell 2 (1948), Nr. 10 v. 1.8.1948, S. 1.

⁸ Ebenda, S. 2.

⁹ Siehe dazu: Der „gesäuberte“ Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald, hrsg. von LUTZ NIETHAMMER, Berlin 1994.

3. „Kämpfer“ versus „Opfer“. Die Debatte um die Entschädigung

Gravierende Folgen für die Vergangenheitspolitik in der SBZ/DDR hatte auch die widersprüchliche Haltung der KPD/SED in der Frage der Anerkennung und Entschädigung der Opfer des NS-Regimes. Die Tendenz vieler Kommunisten, welche unter den Überlebenden die größte Gruppe der Opfer und Verfolgten des NS-Regimes bildeten, den 1945 gebildeten Hauptausschuss „Opfer des Faschismus“ und später die VVN als einen Verband ehemaliger politischer Kämpfer gegen das NS-Regime zu profilieren, grenzte die großen Opfergruppen der aus rassistischen Gründen verfolgten Juden, der Sinti und Roma und der wegen ihres Glaubens verfolgten Bibelforscher und Zeugen Jehovas aus. Besonders negativ wirkte in diesem Bereich die von führenden Funktionären des Verbandes vorgenommene Unterscheidung zwischen „Kämpfern“ und bloßen „Opfern“ des NS-Regimes.¹⁰ In der Praxis führte diese Position dazu, dass eine Regelung der Entschädigung dieser Gruppen immer wieder verzögert wurde und oft sogar ausblieb. Das Recht auf Entschädigung und Wiedergutmachung wurde in der Folgezeit immer enger an die Loyalität der Betroffenen gegenüber dem politischen System in der DDR gebunden. Einer ganzen Reihe von Personen, u.a. ehemaligen Angehörigen der Kommunistischen Partei Opposition (KPO), unbequemen Sozialdemokraten, kritischen Pfarrern, Vertretern des 20. Juli 1944 oder ganzen Gruppen, wie den 1950 in der DDR verbotenen Zeugen Jehovas wurde der Status eines „Opfers des Faschismus“ aus politischen Gründen wieder aberkannt.

Verhängnisvolle Auswirkungen für den öffentlichen Umgang mit dem Holocaust in der DDR hatte der stalinistische Antisemitismus in der Sowjetunion zu Beginn der fünfziger Jahre. Die von Stalin angeordneten Verhaftungen, die sich u.a. gegen das Jüdische Antifaschistische Komitee richteten, der Prager Slanský-Prozess und die „Aufdeckung“ der so genannten „Ärzteverschwörung“ schufen ein Klima der Verdächtigungen und der Denunzierung jüdischer Interessen als „Kosmopolitismus“ und „zionistische Verschwörung“. Zum einen führte dies dazu, dass Fragen der jüdischen Geschichte und die Erinnerung an den Holocaust immer

¹⁰ Siehe dazu OLAF GROEHLER, Integration und Ausgrenzung von NS-Opfern. Zur Anerkennungs- und Entschädigungsdebatte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 bis 1949, in: Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, hrsg. von JÜRGEN KOCKA, Berlin 1993, S. 105-129.

mehr aus dem öffentlichen Leben des ostdeutschen Staates verdrängt wurden.¹¹ Zum anderen richtete sich die politische Kampagne besonders gegen die Westemigranten, darunter insbesondere gegen jüdische Kommunisten, die wegen ihrer Herkunft und Verbindungen als verdächtig galten.¹² Die Spionagehysterie des Kalten Krieges tat ein Übriges. Ihren traurigen Höhepunkt erreichte diese politische Kampagne in der DDR mit dem berüchtigten Beschluss des ZK der SED über die Lehren des Slanský-Prozesses und der Entmachtung und anschließenden Verhaftung von Paul Merker, der dem engeren Kreis der SED-Führung angehört hatte. Merker hatte sich bereits im mexikanischen Exil für Entschädigungs- und Wiedergutmachungsleistungen an die unter den Nationalsozialisten verfolgten Juden erklärt und diese zu einer moralischen Verpflichtung für ein Deutschland nach Hitler erhoben.¹³

Während sich die Bundesrepublik mit der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens im September 1952 zu finanziellen Wiedergutmachungsleistungen an den Staat Israel und die Jewish Claims Conference bereit erklärte, lehnte die DDR solche Forderungen kategorisch ab. Der ostdeutsche Staat ordnete sich mit dieser Linie der sowjetischen Außenpolitik unter, die auf einen Konfrontationskurs gegenüber Israel als Teil des westlichen Bündnisses eingeschwenkt war. Auf der anderen Seite musste die SBZ und später die DDR unfreiwillig die gesamte Last der Wiedergutmachungsleistungen an die Sowjetunion tragen, die als Teil der Anti-Hitler-Koalition die meisten materiellen Kriegsverluste und Menschenopfer zu beklagen hatte.

4. Die Oder-Neiße-Grenze und das Verhältnis zu den polnischen Nachbarn

Die Frage, wie sich die ostdeutschen Kommunisten und später die DDR zu den von Hitlers Eroberungs- und Vernichtungskrieg betroffenen Ländern verhalten sollen, bildete auch jenseits der Entschädigungsproblematik einen wichtigen Dreh- und Angelpunkt der vergangenheits-

¹¹ Vgl. MARIO KESSLER, *Die SED und die Juden – zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967*, Berlin 1996

¹² Vgl. dazu ANGELIKA TIMM, *Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel*, Bonn 1997, S. 111.

¹³ Zum Fall Merker siehe u.a. JEFFREY HERF, *Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland*, Berlin 1998.

politischen Diskussion. Hinsichtlich der Beziehungen zum benachbarten Polen erlangte das Problem der Oder-Neiße-Grenze besondere Brisanz und sorgte für Konfliktstoff innerhalb der SED. In der unmittelbaren Nachkriegszeit war die Haltung führender KPD/SED-Funktionäre zur Oder-Neiße-Grenze widersprüchlich.¹⁴ Obwohl sich die Partei mit offiziellen Stellungnahmen in dieser Frage zurückhielt, gab es unter den Mitgliedern nicht wenige Stimmen, welche die Grenzziehung als problematisch und veränderungsbedürftig betrachteten. Oft waren dafür wahltaktische Überlegungen ausschlaggebend. Die KPD/SED sah sich gezwungen, Rücksicht auf die große Gruppe der Flüchtlinge und Vertriebenen aus den Gebieten jenseits der Oder und Neiße zu nehmen.

Ab 1948 – nicht zuletzt unter dem Druck der sowjetischen Politik – bekannte sich die SED schließlich zu einer bedingungslosen Anerkennung der Grenze als einer „Friedensgrenze“ und sprach sich für gutnachbarliche Beziehungen und einen Bruch mit den antipolnischen Traditionen aus. Dieser Tenor bestimmte auch das Auftreten führender SED-Politiker im Rahmen des ab 1948 einsetzenden Austausches von offiziellen Delegationen zwischen der SBZ und der VR Polen, wobei wiederum Franz Dahlem aufgrund seiner antifaschistischen Reputation in Polen eine Schlüsselrolle zukam. In Abgrenzung zu den Westzonen präsentierte sich die SBZ dabei als jener Teil Deutschlands, der allein der polnischen Seite die Sicherheit geben könne, dass sich die von Feindschaft und Aggression geprägte Vergangenheit nicht wiederholen könne. In diesem Sinne versuchte die SED durch eine Reihe von Maßnahmen, alles zu vermeiden, was zu einer erneuten Belastung der beiderseitigen Beziehungen führen könnte. Neben den periodischen Garantieerklärungen für die Oder-Neiße-Grenze verstärkte die SED insbesondere ihre Propaganda unter den „Umsiedlern“, wie die Flüchtlinge und Vertriebenen in der offiziellen Sprachregelung ausschließlich genannt wurden. Durch deren beschleunigte Einbürgerung und wirtschaftliche Integration in die SBZ sollte ein schwelendes Konfliktpotential für die Beziehung zu Polen und der Tschechoslowakei entschärft werden. Die über vier Millionen Umsiedler in der SBZ sollten und müssten erkennen – so forderte Wilhelm Pieck auf einer Kundgebung im August 1949 –,

„welches infame Spiel mit ihrer Not und Heimatliebe von solchen Politikanten bürgerlicher Parteien und der Sozialdemokratie getrie-

¹⁴ Vgl. ANDREAS MALYCHA, Die SED und die Oder-Neiße-Grenze, in: Deutschland Archiv 33 (2000), S. 193-206.

ben wird, die ihnen vorgaukeln, daß die Oder-Neiße-Grenze keine endgültige, sondern eine provisorische sei“.¹⁵

Die politische Loyalität gegenüber der polnischen Seite in der Grenzfrage blieb jedoch mit einer Hypothek belastet. Die Erfahrungen der Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen spielten in der öffentlichen Erinnerung der DDR keine Rolle und wurden weitestgehend tabuisiert. Obwohl auch die Betroffenen im Osten Deutschlands Probleme mit der territorialen Neuordnung nach 1945 gehabt haben dürften, ließen die politischen Kontrollinstanzen des SED-Staates keinerlei kritische Stimmen zu den Verbrechen während der Vertreibung oder gar Revisionsforderungen zu. Damit verhinderte die SED, dass sich unter den „Umsiedlern“ in ihrem Einflussbereich Revanchegeanken und Gebietsansprüche öffentlich artikulieren und organisieren konnten. Bemühungen, die Erfahrungswelt der Betroffenen zu verarbeiten, fehlten jedoch in der SBZ/DDR weitgehend.

In den ersten Jahren nach dem Kriegsende und in der Frühphase der DDR gab es zumindest in Teilen der SED-Führung noch ein Bewusstsein darüber, dass die Annäherung an Polen und die anderen verbündeten „Volksdemokratien“ nur erfolgreich sein könne, wenn die in der deutschen Bevölkerung vorhandenen antipolnischen Stereotype durch eine gründliche Umerziehung überwunden würden. In einem Bericht über das „neue Polen“ in der SED-Monatsschrift „Einheit“ vom März 1947 verwies Herbert Osten darauf, dass die Zusammenarbeit „zwischen einem neuen demokratischen Deutschland und dem neuen demokratischen Polen“ nur dann erfolgreich sein könne, wenn sich die deutsche Seite „zur Einsicht in die historische Verpflichtung des deutschen Volkes gegenüber dem polnischen“ entschließen könne, „das von Deutschland jahrhundertlang gequält und gemartert wurde, von den Teilungen Polens über die Wegnahme des Bodens durch die preußischen Junker bis zu den Gaskammern von Auschwitz und die Ausrottung von Millionen Polen“.¹⁶ In einem ebenfalls in der „Einheit“ erschienenen Beitrag vom November 1948 forderte Walter Bartel eine Auseinandersetzung mit „rückständigen Ideologien in der Arbeiterklasse“, wobei er sich insbesondere gegen einen „gedankenlosen“ Umgang mit der Sprache wandte, bei dem Ausdrücke benutzt würden, welche die „reaktionäre Überheblichkeit der

¹⁵ WILHELM PIECK, Wer hilft den Umsiedlern?, in: DERS., Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1908-1950, Bd. 2, Berlin 1952, S. 274.

¹⁶ Vgl. HERBERT OSTEN, Das neue Polen, in: Einheit 2 (1947), S. 291.

Deutschen gegenüber anderen Nationen“ spiegelten und an die „barbarische Rassenüberheblichkeit der Nazis“ erinnern würden.¹⁷

Ab 1948 begannen die SED und die PPR/PVAP im Bereich der Um-erziehung jener deutschen Kriegsgefangenen zusammenzuarbeiten, die sich in Lagern auf polnischem Gebiet befanden und insbesondere im oberschlesischen Kohlrevier zur Arbeit eingesetzt waren. Von deutscher Seite wurde dieses Vorhaben von Karl Wloch koordiniert, der 1948 zu diesem Zweck im Auftrag der SED nach Warschau reiste. Wloch hatte wegen seiner Betätigung im kommunistischen Untergrund mehrere Jahre in verschiedenen Konzentrationslagern verbracht und war als Angehöriger des Strafbataillons 999 zu den jugoslawischen Partisanen überge-laufen, wo er erstmals mit deutschen Kriegsgefangenen gearbeitet hatte. Diese Aufklärungsarbeit, die u.a. auch die Herausgabe der von Kriegs-gefangenen redigierten Zeitschrift „Die Brücke“ beinhaltete, wurde von polnischer Seite finanziell und personell unterstützt.¹⁸

Auch unter der eigenen Bevölkerung begann die SED ab Mitte 1948 eine Informationskampagne über die Nachkriegsentwicklung in Polen. Wiederholt berichtete das „Neue Deutschland“ über die Entwicklung in den polnischen Westgebieten, wobei insbesondere die sich verstärkende wirtschaftliche Zusammenarbeit der SBZ mit Polen betont wurde. Die sich nunmehr häufenden Staatsbesuche¹⁹ – im Oktober 1948 weilte eine SED-Delegation mit Walter Ulbricht an der Spitze in Polen – lieferten die Gelegenheit für ausführliche Stellungnahmen der SBZ-Presse zum deutsch-polnischen Verhältnis und zur „Friedensgrenze“. Auf kulturel-lem Gebiet widmete sich die 1948 gegründete „Helmut von Gerlach-Gesellschaft für kulturelle, wirtschaftliche und politische Beziehungen mit dem neuen Polen“ dem Gedanken einer deutsch-polnischen Ver-ständigung. Mit Konzerten, Filmveranstaltungen, Theaterinszenierungen und der von ihr herausgegeben Zeitschrift „Blick nach Polen“ versuchte sie „das deutsche Volk, das noch so wenig über Polen weiß“ mit dem

¹⁷ Vgl. WALTER BARTEL, Rückständige Ideologien in der Arbeiterklasse, in: Einheit 3 (1948), S. 1046.

¹⁸ Siehe dazu HARRI CZEPUCK, Meine Wendezeiten. Erinnerungen, Erwägungen, Erwartungen, Berlin 1999, S. 110ff. Harri Czepuck gehörte ebenso wie der Schriftsteller Hermann Kant zur Redaktion der Zeitschrift „Brücke“.

¹⁹ Einen Überblick über die Entwicklung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zusammenarbeit der SBZ/DDR mit der VR Polen liefert FRANZ SIKORA, Sozialistische Solidarität und nationale Interessen. Polen, Tschechoslowakei, DDR., Köln 1977.

kulturellen und politischen Leben des Nachbarlandes bekannt zu machen.²⁰

Mit der Inszenierung von Leon Kruczkowskis Stück „Die Sonnenbrucks“ am Deutschen Theater im Jahre 1950 wurde das deutsche Publikum erstmals mit einem Werk konfrontiert, das die polnische Sicht auf das Versagen der Deutschen gegenüber dem Nationalsozialismus thematisierte. Das Drama zeigte den der „reinen Wissenschaft“ verschriebenen Göttinger Professor Sonnenbruck, der den Nationalsozialismus im Inneren ablehnt, aber blind gegenüber dessen Verbrechen wird. In der Konfrontation des Professors mit einem seiner ehemaliger Assistenten, der aus dem KZ geflohen ist und seinen einstigen Lehrer vergeblich um Hilfe ersucht, gestaltete Kruczkowski die inneren Konflikte, die persönliche Schuld und die späten Einsichten eines deutschen Intellektuellen während des Nationalsozialismus. Der Stoff wurde von der DEFA in einer deutsch-polnischen Koproduktion unter der Regie von Georg C. Klaren verfilmt und der Streifen wurde am 1. März 1951 mit beachtlicher öffentlicher Resonanz und wohl wollender Kritik uraufgeführt. Auf Kritik stieß allerdings der vom Stück abweichende aktualisierende Schluss, in dem der gewandelte Professor an eine Universität im Osten geht, denn „gegen die Remilitarisierung Deutschlands“ müsse „an der Stelle gekämpft werden, an der jeder steht.“²¹

Neben diesen wichtigen Ansätzen zeigte sich jedoch in vielen Stellungnahmen der SED zum deutsch-polnischen Verhältnis schon sehr früh eine Sichtweise, welche die gewünschte Gemeinsamkeit beider Länder eher aus den Parallelen der gesellschaftspolitischen Entwicklung in Richtung Sozialismus ableitete als aus der Notwendigkeit der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Aus dieser Perspektive bildeten allein schon die „objektiven Gemeinsamkeiten“ beim Aufbau des Sozialismus in beiden Ländern die hinreichende Grundlage für eine Freundschaft zwischen beiden Völkern. In dem Maße wie sich diese Sicht durchsetzte, trat in der SBZ/DDR eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung in den Hintergrund, welche die in der Geschichte beider Völker akkumulierten Spannungen, die wechselseitigen Vorurteile und Stereotype offen thematisiert und weiter abgebaut hätte.²² Unter der Decke des offiziellen Anti

²⁰ Vgl. Neues Deutschland v. 16.11. 1949

²¹ Vgl. Die „Sonnenbrucks im Film“, in: Neues Deutschland v. 3.3.1951.

²² Siehe dazu CHRISTOPH KLESSMANN, Die politischen Beziehungen zwischen der DDR und der VR Polen (1949 bis 1989), in: Die lange Nachkriegszeit. Deutschland und Polen von 1945 bis 1991, hrsg. v. d. Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission, Braun-

faschismus und der Freundschaftspropaganda blieben jene oft erhalten oder wurden lediglich an der Oberfläche durch „politisch korrekte“ Sprachregelungen kaschiert. Diese Tendenz wurde durch die Spannungen zwischen der DDR und Polen ab 1956 verstärkt. Sie resultierten nicht zuletzt aus den unterschiedlichen Haltungen der SED-Spitze unter Ulbricht und der polnischen Führung unter Gomułka zur Frage der Auseinandersetzung mit dem Stalinismus und zum Stellenwert nationaler Interessen. Auf beiden Gebieten entwickelte die polnische Seite aufgrund ihrer leidvollen Erfahrung in der Vergangenheit eine eigenständige politische Linie, die von der SED mit politischem Argwohn verfolgt und mit einer deutlichen Abkühlung der Beziehungen zwischen beiden Ländern beantwortet wurde.²³ Dabei blieb die SED-Führung nicht frei von der Versuchung, die in der eigenen Bevölkerung vorhandenen antipolnischen Ressentiments für ihre ideologisch motivierte Distanzierung zur polnischen Entwicklung zu nutzen.²⁴

5. Die Teilung der Vergangenheit. Konkurrenz und Abgrenzung zur Bundesrepublik

In dem Maße, wie die politische Entwicklung in Deutschland, angeheizt durch die Spannungen zwischen den ehemals verbündeten Siegermächten des Zweiten Weltkrieges, auf die Teilung Deutschlands und damit die Bildung zweier deutscher Staaten hinauslief, veränderten sich auch die Rahmenbedingungen für den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der SBZ/DDR. Mit der staatlichen Teilung wurden die DDR und die Bundesrepublik zu Konkurrenten auf dem Gebiet der Vergangenheitspolitik. In den Propagandaschlachten des Kalten Krieges wurde die NS-Vergangenheit zu einem zentralen Feld der politischen Auseinandersetzung zwischen beiden deutschen Staaten. Sowohl nach innen als auch gegenüber dem Ausland versuchten sich beide als das Bessere und einzig legitime Deutschland nach Hitler zu profilieren: die DDR als eine Gesellschaft, in der man den Nationalsozialismus mit seinen „ökonomischen Wurzeln“ beseitigt habe, die Bundesrepublik als

schweig 1995, S. 86.

²³ Siehe dazu SIKORA, Sozialistische Solidarität (wie Anm. 19), S. 132 ff.

²⁴ Vgl. LUDWIG MEHLHORN, Die Sprachlosigkeit zwischen Polen und der DDR: Eine Hypothek, in: Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe, hrsg. von EWA KOBYLIŃSKA, ANDREAS LAWATY und RÜDIGER STEPHAN, München 1992, S. 522-528.

antitotalitäre parlamentarische Demokratie und damit Alternative zu jeder Form der Diktatur. Die Auseinandersetzung um die Vergangenheit wurde somit zu einem Teil der Beziehungsgeschichte beider deutscher Staaten.²⁵ Das führte häufig zu einer Polarisierung der Positionen und einem entsprechenden Abgrenzungsverhalten. Mit zahlreichen Kampagnen „gegen ehemalige Nationalsozialisten in Bonner Diensten“ versuchte die DDR in den fünfziger und sechziger Jahren zu belegen, dass nur im Osten Deutschlands ein konsequenter Bruch mit dem Nationalsozialismus vollzogen worden war.²⁶ Die Aktionen des „Ausschusses für deutsche Einheit“ und der Westkommission des ZK der SED gegen den Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer,²⁷ gegen belastete Richter in der bundesdeutschen Justiz und gegen Adenauers Kanzleramtschef Hans Globke stießen in der Tat in manches Wespennest. Auch wenn die ostdeutschen Kampagnen zur Entlarvung der „braunen“ Bundesrepublik die neonazistischen Gefährdungen im Westen überzogen darstellten, trafen sie einen wunden Punkt der Personalpolitik in der Ära Adenauer. Dies blieb nicht ohne Wirkungen im Ausland, wo die DDR mit ihrem antifaschistischen Image auch bei denjenigen, die ihr politisches System ablehnten, Achtungserfolge erzielen konnte. Im Gegenzug betonte die bundesdeutsche Seite den Diktaturcharakter des Herrschaftssystems der SED und seine strukturellen Ähnlichkeiten mit dem NS-Regime.

Die vergangenheitspolitische Konkurrenzsituation beider deutscher Staaten zeigte sich auch auf dem Gebiet der Beziehungen beider deutscher Staaten zu den osteuropäischen Ländern, insbesondere zu Polen. Die polnische Seite wusste die von der DDR mit dem Görlitzer Abkommen erfolgte Bestätigung ihrer territorialen Integrität durchaus zu schätzen. Sei es unter sowjetischem Druck oder getragen von eigenen

²⁵ Vgl. JÜRGEN DANYEL, Die beiden deutschen Staaten und ihre nationalsozialistische Vergangenheit: Elitenwechsel und Vergangenheitspolitik, in: Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte, hrsg. von CHRISTOPH KLESSMANN, HANS MISSELWITZ und GÜNTER WICHERT, Berlin 1999, S. 128-138.

²⁶ MICHAEL LEMKE, Instrumentalisierter Antifaschismus und SED-Kampagnepolitik im deutschen Sonderkonflikt 1960-1968, in: Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, hrsg. von JÜRGEN DANYEL, Berlin 1995, S. 61-86.

²⁷ Im Fall Oberländer kam es zu einer gemeinsamen Propagandaaktion zwischen der DDR und der VR Polen; vgl. Oberländer. A study in German East Policies, hrsg. von ALEKSANDER DROŹDZYŃSKI und JAN ZABOROWSKI, Poznań / Warszawa 1960.

Nützlichkeitserwägungen, blieb die VR Polen auch nach den ersten Krisen in den beiderseitigen Beziehungen an einer stabilen Partnerschaft zur DDR interessiert. Dies hinderte die Polen jedoch nicht daran, eine eigenständige Haltung zur deutschen Frage zu entwickeln. Deren ungelösten Zustand empfand Warschau trotz der sowjetischen und ostdeutschen Garantien als eine permanente Gefährdung der nationalen Interessen Polens und suchte nach einer gesamteuropäischen Lösung. Von der DDR wurden solche Vorstöße wie der Rapacki-Plan von 1957 oder die polnischen Kontakte zur Bundesrepublik stets gebremst bzw. zurückgewiesen. Die SED koppelte dabei ihre Loyalität zur Oder-Neiße-Grenze an die Bedingung, dass die polnische Seite in der deutsch-deutschen Arena allein auf die DDR setzen müsse.

Die vergangenheitspolitische Fixierung der DDR auf den Westen führte auch dazu, dass die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit im Innern der ostdeutschen Gesellschaft an Bedeutung verlor. Diese spezifisch ostdeutsche Schlussstrichmentalität stützte sich auf die trügerische Überzeugung, dass der Nationalsozialismus durch einen weitreichenden Elitenaustausch und die Eingriffe in die soziale und wirtschaftliche Ordnung bereits überwunden oder, wie es in der offiziellen Propaganda hieß, „mit seinen sozialökonomischen Wurzeln ausgerottet“ sei. Diese kurzschlüssige Interpretation spiegelte sich auch in dem in der DDR vorherrschenden Bild vom Faschismus. Die kanonisierte marxistische Deutung des Phänomens interpretierte den Nationalsozialismus einseitig als Ergebnis der Politik kleiner imperialistischer, monopolkapitalistischer und militärbürokratischer Eliten. Sein Charakter als Massenbewegung, die durch die Mehrheit der deutschen Bevölkerung und große Teile der Arbeiterschaft getragen wurde, wurde demgegenüber unterschätzt. Während die Kontinuitätsmomente zwischen Kapitalismus und Nationalsozialismus überstrapaziert wurden, blieb dessen rassistische Komponente unterbelichtet. Mit der These, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung von Hitler verführt worden sei, versuchte sich die DDR als „Arbeiter- und Bauernstaat“ mit ehemaligen Widerstandskämpfern an der Spitze außerhalb des durch das NS-Regime und seine Verbrechen vorgegebenen Schuld- und Verstrickungszusammenhangs zu definieren. Diese Mentalität führte auch dazu, dass die SED aus mangelnder Sensibilität gegenüber der NS-Vergangenheit auf politische Rituale, Symbole und Inszenierungen zurückgriff, die bei Teilen der eigenen Bevölkerung und im Ausland Assoziationen zur nationalsozialistischen Vergangenheit weckten. Als die polnische Bevölkerung u.a. bei

gemeinsamen Manövern der Armeen des Warschauer Vertrages auf polnischem Territorium mit den Uniformen und militärischen Ritualen der NVA konfrontiert wurde, löste dies beträchtliche Irritationen aus. Wie eine überlieferte Anfrage Gomułkas an Ulbricht zeigt, erweckten die ostdeutschen Uniformen nicht nur bei der einfachen Bevölkerung Erinnerungen an die deutsche Wehrmacht.²⁸ Die aus der Vergangenheit rührende polnische Empfindlichkeit gegenüber jeglichem (ost)deutschen Stärke- und Überlegenheitsgebaren richtete sich dabei auch gegen Erscheinungen, die auf den ersten Blick nichts mit der deutsch-polnischen Vergangenheit zu tun hatten. Als zu Beginn der fünfziger Jahre z.B. die Stadtplaner in Frankfurt (Oder) die dringend notwendige Erweiterung des grenznahen Stadtzentrums u.a. mit Hochhausbauten diskutierten, reagierte die polnische Seite mit der Andeutung, dass sie dies als einen „revanchistischen“ Anspruch bewerten würde.²⁹

6. Die Integration der ehemaligen NS-Anhänger

Auch auf einem anderen Gebiet lassen sich die vergangenheitspolitischen Entwicklungen in der SBZ/DDR in den fünfziger und frühen sechziger Jahren nicht ohne den Blick auf die deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte und die Ost-West-Konfrontation verstehen. Mit dem Kalten Krieg und der aus der deutschen Teilung resultierenden Konkurrenz zwischen der DDR und der Bundesrepublik erhöhten sich der Druck auf beide Gesellschaften, sich nach innen zu konsolidieren. Für die SED, die ihre Politik immer wieder mit autoritären Mitteln gegen ganze Gruppen der ostdeutschen Gesellschaft durchsetzte, erlangte diese Frage besondere Brisanz. Auch die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung gehörte zu den ehemaligen Anhängern und Mitläufern des NS-Regimes. Im Interesse der inneren Stabilisierung des ostdeutschen Staates musste diese große Gruppe der ehemaligen NSDAP-Mitglieder, der Soldaten und Offiziere der Wehrmacht in die Gesellschaft integriert werden. Dazu wurde ihr von der Politik das Angebot unterbreitet, das eigene moralische Versagen in der Vergangenheit durch die Beteiligung am soziali-

²⁸ Vgl. SIKORA, Sozialistische Solidarität (wie Anm. 19), S. 161.

²⁹ Vgl. DAGMARA JAJESNIAK-QUAST/KATARZYNA STOKLOSA, *Geteilte Städte an Oder und Neiße. Frankfurt (Oder) – Słubice, Guben – Gubin und Görlitz – Zgorzelec 1945-1995*, Berlin 2000, S. 70.

stischen Aufbau zu kompensieren.³⁰ Die SED begann ihr Werben um die Ehemaligen nicht erst seit der Gründung des ostdeutschen Staates. Bereits ab 1946 gaben führende Funktionäre der Partei entsprechende Signale. Den Kommunisten gelang es mit der in der Bevölkerung viel diskutierten Frage, wie man die einfachen NSDAP-Mitglieder behandeln solle, gegenüber den anderen Parteien in die Offensive zu gehen. In der Frühphase der DDR wurden diese Integrationsbemühungen noch einmal verstärkt und gesetzgeberisch flankiert: Bereits kurz nach der Gründung des ostdeutschen Staates verabschiedete die Volkskammer der DDR ein Gesetz über den „Erlaß von Sühnemaßnahmen und die Gewährung staatsbürgerlicher Rechte für ehemalige Mitglieder und Anhänger der Nazipartei und Offiziere der faschistischen Wehrmacht“. Damit erhielt dieser Personenkreis das aktive und passive Wahlrecht sowie die Erlaubnis zur freien Betätigung auch im öffentlichen Dienst und in den demokratischen Organisationen (mit Ausnahme der inneren Verwaltung und der Justiz). Im Oktober 1952 folgte das „Gesetz über die staatsbürgerlichen Rechte der ehemaligen Offiziere der Wehrmacht und der ehemaligen Mitglieder und Anhänger der Nazi-Partei“, mit dem die noch geltenden Beschränkungen für Personen mit geringen NS-Belastungen aufgehoben wurden. Mit dem politischen Konzept der „Nationalen Front für ein demokratisches Deutschland“ schuf die SED ein organisatorisches Dach für die breite Einbeziehung der „Ehemaligen“ in die Gesellschaft. Allerdings führte dieser Kurs der Staatspartei zu beträchtlichen Irritationen an der Mitgliederbasis und innerhalb der Vereinigung der Verfolgten des NS-Regimes. Viele ehemalige Opfer und Verfolgte des NS-Regimes empfanden die Aufforderung, sich aktiv an dieser politischen Linie zu beteiligen, als eine Zumutung. Als es der SED und auch der Führung der VVN nicht gelang, den Verband auf den Integrationskurs einzuschwören, wurde er im Februar 1953 gegen den Willen seiner Mitglieder aufgelöst. An seine Stelle trat als ein loyaler Traditionsverband das „Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer“.

Zum entscheidenden Kriterium dafür, inwiefern sich jemand von seiner Prägung durch das NS-Regime entfernt hatte, wurde nicht die individuelle Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit, sondern das Engagement für die „Sache des Sozialismus“. Dies führte zu einer

³⁰ Siehe dazu JÜRGEN DANYEL, Die SED und die „kleinen Pg's. Zur politischen Integration der ehemaligen NSDAP-Mitglieder in der SBZ/DDR. In: Helden, Täter und Verräter. Studien zum DDR-Antifaschismus, hrsg. von ANNETTE LEO und PETER REIF-SPIREK, Berlin 1999, S. 177-196.

kollektiven Verdrängung, die unter den Bedingungen einer kontrollierten Öffentlichkeit in der DDR nur sehr schwer bzw. erst sehr spät thematisiert werden konnte. Die Ähnlichkeiten zur Entwicklung in der Bundesrepublik³¹ in den fünfziger und sechziger Jahren liegen auf der Hand: Beide Gesellschaften wollten sich nach vorne orientieren und offerierten den „Ehemaligen“ Möglichkeiten, ihre individuelle Schuld zu kompensieren. Im Westen wurde die Akzeptanz der neuen gesellschaftspolitischen Ordnung durch die wirtschaftliche Prosperität erleichtert. Da die Bundesrepublik mehr von den ehemaligen NS-Funktionsträgern und damit Tätern abbekommen hatte, waren hier auch mehr Kompromisse zu machen. Es blieb der nachfolgenden Generation vorbehalten, diese gesellschaftliche Atmosphäre des Vergessens und des Arrangements mit den Tätern in der frühen Bundesrepublik aufzubrechen. In der DDR vollzog sich dieser Prozess unter größeren Schwierigkeiten und erst wesentlich später.

7. Verlust an innerer Differenzierung: Antifaschismus als verordnete Minderheitserfahrung

Die Veränderungen, die sich auf dem Weg von den frühen vergangenheitspolitischen Debatten in der unmittelbaren Nachkriegszeit hin zum staatstragenden Antifaschismus der DDR vollzogen, bewirkten einen enormen Verlust an innerer Differenzierung in der Erinnerung an Widerstand und Nationalsozialismus. Der ideelle Gehalt des nunmehr als verbindliches Normen- und Wertgefüge funktionierenden Antifaschismus wurde entscheidend durch das Weltbild jener kommunistischen Funktionäre geprägt, die während der NS-Zeit in die Sowjetunion emigriert waren. Diese Gruppe mit Walter Ulbricht an der Spitze dominierte die politische Klasse der frühen DDR und verdrängte allmählich andere Gruppen der kommunistischen Tradition aus den Spitzenpositionen von SED und DDR-Staat. Jene Kommunisten, die den Nationalsozialismus in der Illegalität im Inneren Deutschlands überlebt hatten, im Zuchthaus oder KZ inhaftiert gewesen waren, sich am spanischen Bürgerkrieg beteiligt hatten, in westliche Länder wie England, die USA oder nach Lateinamerika emigriert waren, brachten andere Erfahrungen in der

³¹ Vgl. NORBERT FREI, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996.

Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus mit. Dieses kulturelle Kapital ging im Zuge der kommunistischen Machtkämpfe verloren oder wurde in gesellschaftliche Nischen gedrängt. Hinzu kam, dass viele linke Intellektuelle, die zunächst hoffnungsvoll in die SBZ wegen ihrer konsequent antifaschistischen Orientierung gekommen waren, die DDR bald schon wieder wegen ihrer unerträglichen politischen Atmosphäre verließen bzw. von den politischen Saubermännern der SED förmlich hinausgeekelt wurden.

Der Antifaschismus der DDR wurde hinsichtlich seines Gehalts von der Mentalität, den Erfahrungen und lebensgeschichtlichen Prägungen einer bestimmten Generation kommunistischer Funktionäre geprägt. Sie wurden in den zugespitzten Auseinandersetzungen der späten Weimarer Republik sozialisiert, sahen sich durch die NS-Verfolgung in ihrer individuellen und kollektiven Existenz als politische Organisation bedroht und hatten danach das „Exil im Stalinismus“ erfahren. Diese kommunistische Führungsschicht war in ihrem Denken stark von Feindbildern beherrscht und definierte sich über die Abgrenzung von anderen Gruppen und Ideen. Der Antifaschismus diente ihr insofern immer auch zur Denunzierung oppositioneller und kritischer Gruppen im eigenen politischen Einflussbereich und blieb daher bewusst vieldeutig. Diese Generation war durch ihre Erfahrungen mit dem Terror des NS-Regimes und den stalinistischen Säuberungen in doppelter Weise verhärtet. Der Fortbestand der Idee und das Überleben der eigenen Partei galten ihr mehr als ein Einzelschicksal. Die den Betroffenen durch die Logik der Verdächtigungen, Verhaftungen, Verhöre und Prozesse in Stalins Sowjetunion aufgezwungenen Überlebens- und Verhaltensstrategien führten zu einer Verrohung des politischen Stils, der auch das Herrschaftssystem der SED prägte. Der Antifaschismus diente insofern nicht nur der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, sondern blieb ein Kampfinstrument in innerparteilichen und innergesellschaftlichen Konflikten. Kritiker und Gegner der SED konnten je nach tagespolitischem Bedarf als „faschistisch“ abqualifiziert werden, wie nicht zuletzt die offizielle Bewertung des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 als „faschistischer Putsch“ zeigte.

Viele Kommunisten, die in der DDR Führungsaufgaben übernahmen, fühlten sich gegenüber dem Rest der Bevölkerung in einer Position der moralischen Überlegenheit: Während die Mehrheit der Deutschen Hitler unterstützt und zugejubelt hätten, gehörten sie von Anfang an zu den entschiedenen Gegnern des NS-Regimes. Hinzu kommt, dass sich die im Gefolge der Roten Armee nach Deutschland zurückgekehrten Funktionä-

re nachträglich zum Bestandteil der siegreichen Anti-Hitler-Koalition erklärten. Das aus der NS-Zeit resultierende Misstrauen vieler Kommunisten gegenüber der Bevölkerung bestimmte auch das Denken und Handeln der SED-Machtelite. Daraus resultierte die Überzeugung, dass die Menschen einer ständigen politisch-pädagogischen Beeinflussung und Massenmobilisierung ausgesetzt werden müssten. Die Vergangenheitspolitik wurde in der DDR immer wieder in diese Herrschaftsstrategie eingebunden und diente der politischen Propaganda, sozialistischen Erziehung und der Mobilisierung der Bevölkerung für die langfristigen und tagespolitischen Ziele der SED.

Gleichzeitig teilten viele Kommunisten trotz ihrer Selbstinszenierung als „progressive Kraft“ die für die deutsche Gesellschaft typischen sozialen Ressentiments gegenüber gesellschaftlichen Rand- und Außenseitergruppen. Diese Vorbehalte bestimmten auch die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen im Rahmen des offiziellen Antifaschismus. In der DDR gehörten ähnlich wie in der Bundesrepublik die Euthanasie-Opfer, die Sinti und Roma, die „Asozialen“, die Homosexuellen und andere Minderheiten zu den lange vergessenen Opfergruppen.

Als Erfahrungsbestand und Weltsicht einer Minderheit wurde der Antifaschismus zum verbindlichen Wertesystem einer Bevölkerung, die mit dem Nationalsozialismus, dem Krieg und der anschließenden Befreiung Deutschlands durch die Alliierten ganz andere Erfahrungen und Erlebnisse verband. In diesem spezifischen Sinne handelte es sich beim DDR-Antifaschismus um einen „verordneten“ Antifaschismus. Die Kriegserfahrung der deutschen Bevölkerung u.a. auch mit den sowjetischen Besatzern, die subjektive Erinnerungswelt der ehemaligen Soldaten und Offiziere der Wehrmacht, die Gedankenwelt der Flüchtlinge und Vertriebenen hatten im öffentlichen Gedenken der DDR keinen Platz.³² Den führenden SED-Kadern war diese Erfahrungswelt fremd bzw. suspekt. Sie wurde, wie die Erinnerung an die Bombardierung Dresdens in der DDR zeigt, lediglich dann aufgegriffen, wenn sie sich in die gegen den Westen gerichtete Propaganda der SED einbauen ließ. Ansonsten wurde diese Erfahrungswelt weitestgehend verdrängt bzw. konnte sich lediglich im privaten Bereich artikulieren. Eine gewisse

³² Vgl. JÜRGEN DANYEL, Die Erinnerung an die Wehrmacht in beiden deutschen Staaten. Vergangenheitspolitik und Gedenkrituale, in: Die Wehrmacht. Mythos und Realität, im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von ROLF-DIETER MÜLLER und HANS-ERICH VOLKMANN, München 1999, S. 1139-1149.

Ausnahme bildete dabei der Versuch, mit der von der sowjetischen Besatzungsmacht gegründeten Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD) eine spezifische Vergangenheitspolitik gegenüber ehemaligen Wehrmachtsangehörigen zu praktizieren. Ziel der Partei in den späten vierziger und fünfziger Jahren war es, die „Frontgeneration“ mit einer nationalen Orientierung an die Politik der SED zu binden und für eine Einheit Deutschlands unter sozialistischem Vorzeichen zu mobilisieren.

Auch nach außen zeitigte die Tatsache, dass die altkommunistische Führungsriege der DDR-Bevölkerung ihre antifaschistisches Selbstverständnis und die damit verbundene Erfahrungswelt verordnete, negative Wirkungen. Aus der subjektiven Perspektive der ehemaligen Widerstandskämpfer und Verfolgten des NS-Regimes mag es durchaus nachvollziehbar gewesen sein, dass sich diese Gruppe nicht in einer persönlichen Verantwortung für die deutschen Verbrechen während des Nationalsozialismus sah. Indem die SED-Spitze jedoch diese Haltung auch praktizierte, wenn sie die DDR und ihre Bevölkerung nach außen politisch repräsentierte, stahl sie sich damit letztlich aus der historischen Verantwortung. Diese Tatsache wog etwa im Verhältnis zu den osteuropäischen Nachbarn umso schwerer, als sich im Zuge der neuen Ostpolitik die Bundesrepublik seit Beginn der siebziger Jahre zunehmend dieser Verantwortung stellte und dies wie etwa durch den Kniefall von Willi Brandt vor dem Denkmal für die Widerstandskämpfer des Warschauer Gettos im Dezember 1970 auch durch vielbeachtete symbolische Gesten dokumentierte.

Die Auseinandersetzung mit dieser Haltung der SED gehörte nach dem Herbst 1989 zu den vordringlichen Amtshandlungen der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR. In einer gemeinsamen Erklärung aller Fraktionen vom 12. April 1990 bekannte sich das Parlament zur Verantwortung der Deutschen gegenüber der eigenen Geschichte:

„Durch Deutsche ist während der Zeit des Nationalsozialismus den Völkern der Welt unermessliches Leid zugefügt worden. Nationalismus und Rassenwahn führten zum Völkermord, insbesondere an den Juden aus allen europäischen Ländern, an den Völkern der Sowjetunion, am polnischen Volk und am Volk der Sinti und

Roma. Diese Schuld darf niemals vergessen werden. Aus ihr wollen wir unsere Verantwortung für die Zukunft ableiten.“³³

Mit Blick auf Polen bekräftigten die ostdeutschen Abgeordneten die bedingungslose Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze und erhoben Letztere auch zur Aufgabe für ein gesamtdeutsches Parlament:

„Insbesondere das polnische Volk soll wissen, daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird. Wir bekräftigen die Unverletzbarkeit der Oder-Neiße-Grenze zur Republik Polen als Grundlage des friedlichen Zusammenlebens unserer Völker in einem gemeinsamen europäischen Haus. Dies soll ein künftiges gesamtdeutsches Parlament vertraglich bestätigen.“³⁴

8. Geschichtsmythen, Symbole und Rituale

Der ostdeutsche Antifaschismus, wie er sich in der Selbstdarstellung des Staates DDR nach außen und gegenüber der eigenen Bevölkerung, im Erziehungs- und Bildungssystem, in der öffentlichen Erinnerungsarbeit in Museen und Gedenkstätten, in der politischen Literatur und nicht zuletzt in der DDR-Historiographie präsentierte, beruhte auf einer eigenen Geschichtskonstruktion. Dazu gehörten der bereits genannte Faschismusbegriff mit seiner Deutung der Entwicklung des Nationalsozialismus, die Tradierung der eigenen Parteigeschichte und schließlich ein bestimmtes Bild der Sowjetunion, bei deren Sieg über Hitler es sich der offiziellen Deutung nach um eine historische Gesetzmäßigkeit gehandelt habe.

Den Mittelpunkt der Geschichtserzählung des DDR-Antifaschismus bildete dabei die stark überhöhte und von ihren realen Widersprüchen bereinigte Schilderung des kommunistischen Widerstandes gegen das NS-Regime. Die KPD wurde darin zur konsequentesten Kraft der Opposition gegen Hitler stilisiert, deren politisch-motivierter, organisierter und zentral gelenkter Kampf gegen den Nationalsozialismus allen anderen Formen und Gruppen des Widerstandes überlegen gewesen sei. Ein

³³ Zit. nach: MARKUS MECKEL, Die Außenpolitik der DDR in der Zeit der frei gewählten Volkskammer 1990, in: Mandat für die deutsche Einheit. Die 10. Volkskammer zwischen DDR-Verfassung und Grundgesetz, hrsg. von RICHARD SCHRÖDER und HANS MISSELWITZ, Opladen 2000, S. 77.

³⁴ Ebenda, S. 80.

zusätzliches Argument für diese Bewertung bildeten die hohen Opferzahlen, die die Kommunisten zu beklagen hatten. Im Ergebnis entstand ein stark geschöntes Geschichtsbild, das sich zuweilen auch der Geschichtsfälschung bzw. -manipulation bediente. Alle anderen politischen Richtungen des Widerstandes wurden von dieser Werteskala aus beurteilt und folgerichtig abgewertet, sofern sie sich nicht als Bündnispartner der Kommunisten auf deren „Höhe“ begeben hatten. Auch die Denkmalsarchitektur des DDR-Antifaschismus spiegelt diese Tendenz: Deren bestimmende und omnipräsente Symbole wurden der stilisierte rote Winkel der politischen Häftlinge in den Konzentrationslagern, die geballte Faust des kommunistischen Grußes und die mannigfaltigen bildhauerischen Variationen der Kämpfergestalt.

Aus der in der Realgeschichte letztlich gescheiterten und an den eigenen Widersprüchen aufgeriebenen kommunistischen Opposition wurden im antifaschistischen Mythos die „Sieger der Geschichte“. Der Preis für diese Geschichtsfiktion waren unzählige „weiße Flecken“, die problematische Ereignisse, Niederlage und in Ungnade gefallenen Personen je nach politischer Konjunktur aus der Erinnerung verbannten, um sie dann erneut zu rehabilitieren.

Der Rückgriff auf die Geschichte stützte auch die legitimatorische Funktion des DDR-Antifaschismus: Der Widerstand habe ein gemeinsames Ziel verfolgt, das in der antifaschistischen Propaganda zum politischen Vermächtnis der vielen Opfer des Nationalsozialismus stilisiert wurde. Der ostdeutsche Staat und seine gesellschaftspolitische Ordnung galten als dessen Verwirklichung. Kampf und Opfertod erhielten so einen nachträglichen Sinn, der auf die Bestätigung des realsozialistischen Status quo hinauslief. Diese Konstruktion mit starken Anklängen an religiöse Heils- und Erfüllungsmotive zog sich durch zahlreiche öffentliche Stellungnahmen führender Repräsentanten der SED und des DDR-Staates:

„Wir haben hier im Osten Deutschlands die Lehren aus der unheilverfüllten Vergangenheit gezogen. Das Vermächtnis der Toten (...) und die großen Ideen des antifaschistischen Freiheitskampfes sind hier Wirklichkeit geworden. Wir haben zum ersten Mal in der Geschichte unseres Volkes das feste, unzerstörbare Fundament des Humanismus und Sozialismus errichtet. ... Wir erziehen eine neue lebensverbundene Jugend, die nach dem Vorbild der antifaschistischen Widerstandskämpfer lernt und arbeitet. Die Deutsche Demokratische Republik wurde zum Vaterland für alle Deutschen,

die Faschismus und Krieg hassen und in Frieden und Freundschaft mit allen Völkern leben wollen.“³⁵

9. Die „besseren Deutschen“ und die deutsch-polnische Freundschaft

Die antifaschistische DDR empfahl sich gegenüber ihren östlichen Nachbarn stets als Garant der europäischen Nachkriegsordnung und einer friedlichen Entwicklung. Seit dem Grenzvertrag zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen von 1950 sprach die SED immer wieder von einer „historische[n] Wende in den Beziehungen zwischen Deutschland und Polen“³⁶. Die bei dieser Gelegenheit behauptete „tiefgreifende Wandlung im Bewußtsein des deutschen Volkes in der Einstellung zum polnischen Volk“ als Ergebnis der antifaschistisch-demokratischen Wiederaufbauarbeit entsprach ebenso wie die Feststellung, in der DDR würde das polnische Volk die „wahre Vertretung des deutschen Volkes“³⁷ sehen, eher dem Wunschdenken der ostdeutschen Parteiführung. Hinzu kam, dass die von ostdeutscher Seite aufgestellten Prämissen für das deutsch-polnische Verhältnis, die „gemeinsame Freundschaft zur Sowjetunion“ und der ostdeutsche „Alleinvertretungsanspruch“ in Abgrenzung zur „revanchistischen“ Bundesrepublik kaum dazu geeignet waren, die widersprüchliche Geschichte beider Völker und ihrer Beziehungen in den Blick zu nehmen. Im Alltag der Beziehungen zwischen beiden Bevölkerungen ließ sich die Tragfähigkeit der offiziellen Freundschaftsformeln kaum prüfen, da die deutsch-polnische Grenze bis zur Einführung des visa- und passfreien Verkehrs im Jahre 1972 immer erst nach Überwindung bürokratischer Hürden passierbar war. Als Erfolgsmaßstab der beiderseitigen Beziehungen galten für die DDR-Seite die zahlreichen auf staatlicher Ebene abgeschlossenen Kooperationsverträge und der Austausch von offiziellen Delegationen. Ohne eine Normalität der alltäglichen Begegnung zwischen Polen und DDR-Bürgern mussten

³⁵ Vgl. ROSA THÄLMANN, Rede zur Weihe der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück. In: Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR (Hrsg.), Ravensbrück / Berlin o.J., S. 19.

³⁶ Vgl. OTTO GROTEWOHL, Die Bedeutung der deutsch-polnischen Freundschaft für den Frieden in Europa, in: OTTO GROTEWOHL, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze. Auswahl aus den Jahren 1945-1953, Bd. 2, S. 299.

³⁷ Ebd., S. 302.

deren Beziehungen ein Verhältnis weitestgehender Sprachlosigkeit³⁸ bleiben.

Als mit der Grenzöffnung erstmals für größere Bevölkerungsgruppen eine solche Begegnung möglich war, zeigte sich dann sehr schnell, wie zählebig die wechselseitigen Vorurteile waren bzw. wie schnell die innergesellschaftlichen Widersprüche in beiden Ländern solche Vorurteile wieder aufleben ließen: Wenn (Ost-)Deutsche die neuen Reisemöglichkeiten u.a. auch dazu nutzten, um erstmals wieder ihre einstigen Haushalte und Bauernhöfe anzusehen, so erzeugte dies auf beiden Seiten gemischte Gefühle, welche die unterdrückten Erfahrungen der Vergangenheit lebendig werden ließen.³⁹ Auf der anderen Seite machten die Polen bereits bei den Grenzkontrollen auf der DDR-Seite Erfahrungen mit den Deutschen, welche die Vorurteile der älteren Generation und die Vorbehalte der Jüngeren bestätigten. Zu Irritationen auf beiden Seiten führte auch das Kaufverhalten der Touristen, mit dem diese versuchten, die jeweiligen Versorgungsengpässe zu kompensieren. Beiderseitige Unzufriedenheit reproduzierte erneut die alten Stereotypen. Für die SED wurde das polnische Nachbarland mit der 1980 einsetzenden Streikbewegung und der Entstehung der Gewerkschaftsbewegung Solidarität erneut zu einem Dorn im Auge. Die größere geistige und kulturelle Freizügigkeit in Polen hatte die SED bereits seit längerem beunruhigt. Nicht zuletzt deshalb, bemühte sie sich, die Zahl der nichtoffiziellen Kontakte zwischen den Menschen erneut zu begrenzen bzw. zu kontrollieren. Wie bereits 1956 reagierte die DDR-Seite mit Abschottung und einer Begrenzung des Reiseverkehrs. Im Inneren versuchte die SED die Streikbewegung der polnischen Arbeiter zu diskreditieren, indem sie das alte Stereotyp von den „fleißigen Deutschen“ und den „Polen, die nicht arbeiten können“ in einer sozialistisch verbrämten Form bediente: Die DDR als wirtschaftlich leistungsfähiger Staat mit einer umfassenden sozialen Absicherung und wachsenden Konsummöglichkeiten für seine Bürger bedürfe keiner Streiks wie in Polen. Die Bemühungen einzelner Gruppen etwa im Bereich der Kultur und Literatur oder im Bereich der Kirche um eine wirkliche Verständigung und Geschichtsaufarbeitung stießen so immer wieder auf beträchtliche Schwierigkeiten. Die Bezie-

³⁸ Vgl. MEHLHORN, Die Sprachlosigkeit (wie Anm. 24), S. 525.

³⁹ Vgl. JAJESNIAK-QUAST/STOKLOSA, Geteilte Städte (wie Anm. 29), S. 83.

hungen zwischen beiden Staaten⁴⁰ blieben damit von Reibungen beherrscht, „mal stärker, mal in latenter Form, doch letzten Endes immer mit politischem Charakter“⁴¹.

10. Antifaschismus als Legitimationsersatz

Wie kaum einen anderen politischen Wertbegriff benötigte der ostdeutsche Staat die antifaschistische Legitimation zur Selbsterhaltung nach innen und außen. Die Tatsache, dass sich die in der Propaganda immer wieder behauptete Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber dem Westen auf sozialem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet aus der Sicht der Bevölkerung nie so recht einstellen wollte, machte aus dem Antifaschismus eine Art Notnagel, mit dem die SED das bröckelnde realsozialistische Gebäude im Falle von Krisensituationen zusammenzuhalten suchte. Diese kompensatorische Funktion der Vergangenheitspolitik reichte bis in die letzten Tage der DDR, als eine bereits entmachtete SED mit dem Gespenst einer neonazistischen Gefahr den untergehenden ostdeutschen Staat noch einmal zu retten suchte.

Mit ihrer zunehmenden Funktionalisierung für den tagespolitischen Bedarf wurde die öffentliche Erinnerung an Nationalsozialismus und Widerstand zu einer weitgehend abstrakten und entdifferenzierten Geste. Besonders deutlich spiegeln diese Tendenz die großen Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre entstandenen Nationalen Mahn- und Gedenkstätten in Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück, mit denen sich die DDR als antifaschistischer Staat in Szene setzte. Die an den Orten ehemaliger Konzentrationslager installierte monumentale und raumgreifende Denkmalsarchitektur erdrückte oder verdrängte die wenigen erhalten gebliebenen baulichen Reste der authentischen Orte und ersetzte deren Rekonstruktion.⁴² Das reale historische Geschehen in den Lagern, die Grenz- und Überlebenssituation der Häftlinge gerieten in den didaktisch aufgeladenen musealen Präsentationen zur bloßen Illustration

⁴⁰ Zum bündnispolitischen Aspekt der Beziehungen zwischen der DDR und Polen siehe BEATE IHME-TUCHEL, *Das „nördliche Dreieck“. Die Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und Polen in den Jahren 1954 bis 1962*, Köln 1994.

⁴¹ Ebenda, S. 97.

⁴² Siehe dazu u.a. VOLKHARD KNIGGE, *Buchenwald*, in: *Das Gedächtnis der Dinge. KZ-Relikte und KZ-Denkmäler 1945-1995*, hrsg. von DETLEF HOFFMANN, Frankfurt a.M. / New York 1998, S. 92-174.

einer Geschichtslegende, die fast ausschließlich von historischen Gesetzmäßigkeiten und kollektiven politischen Subjekten geprägt war. In eine ähnliche Rolle wurden die überlebenden Zeitzeugen in der „antifaschistischen Traditionspflege“ gedrängt. Sie wurden zu Kronzeugen einer geschichtspolitischen Botschaft, welche die Erfahrungen und Erlebnisse der eigentlichen Akteure nur noch als zusätzliche Bestätigung benötigte.

Die öffentliche Erinnerungsarbeit in der DDR wurde maßgeblich durch eine ganze Reihe fest gefügter politischer Rituale bestimmt, die über Jahrzehnte nach kaum veränderten Szenarien abliefen. Zum Schlüsseldatum für die ostdeutsche Wahrnehmung des Zweiten Weltkrieges wurde der 8. Mai 1945, der jährlich als „Tag der Befreiung“ nach dem politischen Muster der sowjetischen Siegesfeiern begangen wurde. Die Schauplätze der aus Anlass des Tages veranstalteten organisierten Kundgebungen und Kranzniederlegungen bildeten die zahlreichen sowjetischen Ehrenmale und Ehrenfriedhöfe. Die monumentale Denkmalsanlage des sowjetische Ehrenmahls in Berlin-Treptow wurde dabei zum zentralen symbolischen Ort einer geschichtspolitischen Deutung des Krieges, die insbesondere den deutschen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, deren Opfer und Verluste und die Rolle der siegreichen Roten Armee betonten.

Die Erfahrung der Bevölkerung in den von Deutschland besetzten Ländern und deren Kampf gegen die deutsche Besatzung blieben in der Wahrnehmung der DDR demgegenüber lange Zeit unterbelichtet. Wenn sie thematisiert wurden, so geschah dies unter der Prämisse der kulturellen Verehrung der sowjetischen Siegermacht. Erst 1972 wurde in Ostberlin mit dem „Denkmal für den gemeinsamen Kampf polnischer Soldaten und deutscher Antifaschisten“⁴³ erstmalig ein Erinnerungsort eingeweiht, der auf den Kampf der Polen gegen die deutsche Besatzung Bezug nahm. Allerdings erfolgte dies unter ständiger Betonung der Tatsache, dass es sich dabei um einen Kampf „Seite an Seite mit den Soldaten der Sowjetarmee“ gehandelt habe.⁴⁴

Auf den Beginn des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1939 und den europäischen Widerstand gegen den NS-Regime nahm der „Internationale Gedenktag für die Opfer des faschistischen Terrors und Kampftag

⁴³ Das von polnischen und DDR-Bildhauern geschaffene Denkmal am Volkspark Friedrichshain besteht aus einem stilisierten Flaggenmast mit dem polnischen Wappen auf der Vorderseite und einem Relief, das einen Sowjetsoldaten, einen polnischen Soldaten und einen deutschen Antifaschisten „Seite an Seite“ darstellt.

⁴⁴ Vgl. Neues Deutschland v. 15.5.1972.

gegen Faschismus und Krieg“ Bezug, der jährlich auf dem Platz neben der Deutschen Staatsoper in Berlin durchgeführt wurde. Auch dieser Gedenktag erhielt mehrfache politische Sinngebung. Als Weltfriedenstag bot er der SED die Gelegenheit, ihre friedensstiftende Rolle und ihre jeweiligen außen- und abrüstungspolitischen Initiativen zu propagieren. Zugleich erinnerte der Ort an die nationalsozialistische Bücherverbrennung. Einen festen Platz in dieser öffentlich inszenierten Erinnerung nahm auch die 1969 zum „Mahnmal für die Opfer des Faschismus“ umgestaltete Schinkelsche Neue Wache Unter den Linden ein.

Obwohl die politische Funktionalisierung des Antifaschismus über die gesamte Existenzdauer der DDR anhielt, veränderten sich einzelne Inhalte und Schwerpunktsetzungen der Erinnerungsarbeit, auch wenn diese Entwicklungen von außen nur sehr schwer wahrgenommen werden konnten. Die Faktoren, die solche neuen Akzentsetzungen in der öffentlichen Erinnerung bewirkten, waren unterschiedlich. Zum einen zwangen außenpolitische Rücksichten die SED zu Kurskorrekturen auf dem Gebiet der Vergangenheitspolitik. Die mit den siebziger Jahren einsetzende Entspannung im Verhältnis der DDR zur Bundesrepublik und zum Westen führte dazu, dass die innergesellschaftliche Dimension der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit wieder an Bedeutung gewann. Auch personelle Veränderungen in der SED-Führung hatten vergangenheitspolitische Konsequenzen: Mit dem Machtwechsel von Walter Ulbricht zur Erich Honecker, der die NS-Zeit in der Illegalität und im Zuchthaus überlebt hatte, wurde den Traditionen und Erfahrungen des inneren Widerstandes in Deutschland wieder größere Aufmerksamkeit geschenkt, nicht zuletzt mit der Schaffung regionaler Traditionsverbände der ehemaligen Widerstandskämpfer. In den achtziger Jahren versuchte sich die DDR als „sozialistische Nation“ durch den Rückgriff auf die gesamte deutsche Geschichte zu legitimieren. Neben der ostdeutschen Vereinnahmung Preußens führte dies auch zu einem entspannteren Verhältnis der SED gegenüber dem nationalkonservativen und militärischen Widerstand des 20. Juli 1944. Allerdings löste diese im Westen eher mit Wohlwollen betrachtete Rückbesinnung der DDR auf die gesamte deutsche Geschichte bei den osteuropäischen Nachbarn alles andere als Begeisterung aus. Manche der Traditionsbestände, die seinerzeit in der

DDR wieder aufgegriffen wurden, sah man etwa auf polnischer Seite als antipolnisch an.⁴⁵

Weit wichtiger als die vergangenheitspolitischen Kurskorrekturen von oben war jedoch die Tatsache, dass die verordneten antifaschistischen Rituale und Geschichtslegenden immer auch auf Widerstand in der DDR-Gesellschaft stießen, die sich dem Herrschaftsanspruch der SED nie vollständig unterordnete. Bis in die SED hinein konnten sich, wenn auch unter Schwierigkeiten, einzelne Gruppen und Milieus behaupten, deren Erinnerung sich durch ihre Akzentsetzung von der offiziellen Geschichtspropaganda unterschied.⁴⁶ Wichtige und nicht selten eigenwillige Akzente bei der Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen und hinsichtlich der künstlerischen Verarbeitung des Widerstandsthemas setzten die Literatur und Kunst in der DDR. Autoren wie Christa Wolf, Franz Fühmann, Jurek Becker u.a., aber auch zahlreiche DEFA-Filme plädierten für eine differenziertere Sicht auf die NS-Vergangenheit und thematisierten öffentlich verdrängte Kapitel der Geschichte. Wie die Geschichte der Verfilmung von Hermann Kants Roman „Der Aufenthalt“ zeigt, konnte diese Hinwendung von Literatur, Film und Kunst zu den sensiblen vergangenheitspolitischen Themen im Einzelfall jedoch nicht nur innenpolitischen Zündstoff liefern, sondern auch für außenpolitische Verwicklungen, hier im Verhältnis zu Polen sorgen. Kants mit autobiographischen Zügen behafteter Roman beschrieb die Erlebnisse eines jungen deutschen Kriegsgefangenen, der von den polnischen Untersuchungsbehörden für einen SS-Mann und Mörder gehalten wurde. In der doppelten Konfrontation, einerseits mit seinen polnischen Anklägern, andererseits mit seinen in Kriegsverbrechen verstrickten deutschen Mitgefangenen, muss er erkennen, dass es kein Entrinnen aus der Verantwortung für die deutschen Verbrechen gibt. Der gleichnamige unter der Regie von Frank Beyer entstandene DEFA-Film sollte 1983 als Wettbewerbsbeitrag der DDR auf der Berlinale laufen. Völlig überraschend zog die DDR den Film jedoch kurz vor dem Festival ohne offi-

⁴⁵ Vgl. KLAUS ZIEMER, Die DDR – Polens ungeliebter aber notwendiger Partner, in: Das Profil der DDR in der sozialistischen Staatengemeinschaft. Zwanzigste Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, 9. bis 12. Juni 1987, Köln 1987, S. 55.

⁴⁶ Siehe dazu die Beiträge von SIMONE BARCK, CHRISTOPH CLASSEN und THOMAS HEIMANN, In: Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Fallanalysen zum Umgang mit der Vergangenheit in der frühen DDR, hrsg. von MARTIN SABROW (Zeithistorische Studien, Bd. 14), Köln / Weimar / Wien 1999.

zielle Begründung zurück.⁴⁷ Der Grund für diesen Schritt der ostdeutschen Filmverantwortlichen war, wie sich später herausstellen sollte, eine politische Intervention von polnischer Seite, die Anstoß an der Darstellung der polnischen Soldaten im Film nahm und darin eine antipolnische Tendenz zu erkennen glaubte. Die daraufhin hinter den Kulissen einsetzenden hektischen Versuche der Klärung und Schadensbegrenzung reichten bis in die obersten Führungsgremien der SED und PVAP.⁴⁸ Obwohl selbst führende SED-Vertreter keine antipolnische Tendenz in dem Film erkennen konnten, verordnete die Parteispitze gegen den Widerstand der beteiligten Künstler die Zurücknahme des Films. Dieser Vorfall zeigte einmal mehr, wie wenig belastbar das (ost)deutsch-polnische Verhältnis auf vergangenheitspolitischem Terrain war.

Literaturhinweise

- Włodzimierz Borodziej: *Od Poczdamu do Szklarskiej Poręby. Polska w stosunkach międzynarodowych 1945-1947* [Von Potsdam nach Schreiberhau. Polen in den internationalen Beziehungen 1945-1947]. Londyn 1990.
- Włodzimierz Borodziej: Polen und Deutschland seit 1945, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 53/97*, S. 11-20.
- Elżbieta Dzikowska: *Gedächtnisraum Polen in der DDR-Literatur. Fallstudien über verdrängte Themen*. Wrocław 1998.
- Der „gesäuberte“ Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald, hrsg. von Lutz Niethammer, Berlin 1994
- Christoph Kleßmann, Die politischen Beziehungen zwischen der DDR und der VR Polen (1949 bis 1989), in: *Die lange Nachkriegszeit. Deutschland und Polen von 1945 bis 1991*, hrsg. v. d. Gemeinsamen deutsch-polnischen Schulbuchkommission, Braunschweig 1995, S. 85-93
- Volkhard Knigge, Buchenwald, in: *Das Gedächtnis der Dinge. KZ-Relikte und KZ-Denkmäler 1945-1995*, hrsg. von Detlef Hoffmann, Frankfurt a.M. / New York 1998, S. 92-174.
- Lesław Koćwin: *Polityczne determinanty polsko-wschodnioniemieckich stosunków przygranicznych 1949-1990* [Politische Determinanten der

⁴⁷ Vgl. WOLFGANG JACOBSEN, *Berlinale*, Berlin 2000, S. 363f.

⁴⁸ Ebenda.

- polnisch-ostdeutschen Grenzbeziehungen 1949-1990]. Wrocław 1993. (Materialreiche Monographie, welche die (häufig Nicht-) Zusammenarbeit im grenznahen Bereich in den breiteren Kontext der Beziehungen Polen - DDR stellt).
- Andreas Malycha, Die SED und die Oder-Neiße-Grenze, in: Deutschland Archiv 33 (2000), S. 193-206. (Stellt die anfangs sehr ambivalente Haltung der KPD/SED zur Oder-Neisse-Grenze bis 1951 dar.)
- Theo Mechtenberg (unter Mitarbeit von Bernd Schäfer): Engagement gegen Widerstände. Der Beitrag der katholischen Kirche in der DDR zur Versöhnung mit Polen. Leipzig 1998.
- Heinrich Olschowsky: Lektüremuster. Polnische Literatur in der Literaturkritik der DDR, in: Weimarer Beiträge, Heft 3, 1989, S. 357-382. (Zeigt die für DDR-Verhältnisse erstaunliche Weltoffenheit der polnischen Literatur).
- Franz Sikora, Sozialistische Solidarität und nationale Interessen. Polen, Tschechoslowakei, DDR. Köln 1977. (Standardwerk für die Beziehungen zwischen der SBZ/DDR und Polen von 1945 bis Anfang der 70er Jahre, allerdings auf der Basis der damals zugänglichen Quellen).
- Philipp Ther: Vertriebene in der SBZ/DDR und in Polen 1945-1956. Berlin 1997. (Zeigt u.a. die (Nicht-) Behandlung des Problems Oder-Neisse-Grenze und der damit verbundenen Bearbeitung der Vergangenheit in der DDR).
- Mieczysław Tomala: Patrząc na Niemcy. Od wrogości do porozumienia, 1945-1991 [Blick auf Deutschland. Vor der Feindschaft zur Verständigung 1945-1991]. Warszawa. 1997 (Enthält aus der Sicht eines auf polnischer Seite als Dolmetscher und politischer Berater beteiligten Akteurs zahlreiche Informationen zu den tatsächlichen Beziehungen zwischen der DDR und Polen vor allem unter Gomułka).
- Klaus Ziemer, Die DDR – Polens ungeliebter aber notwendiger Partner, in: Das Profil der DDR in der sozialistischen Staatengemeinschaft. Zwanzigste Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, 9. bis 12. Juni 1987, Köln 1987, S. 46-58. (Zum Stand der Beziehungen zwischen der DDR und Polen in den siebziger und achtziger Jahren).